

Eckpunkte der DKP zu den Bundestagswahlen 2009 (Entwurf)

Kapitalismus, Krise, Konjunkturprogramm – nein
Sozialismus, gesellschaftlicher Fortschritt und Frieden – ja

Präambel

Im September 2008 war die Welt noch in Ordnung – so schien es. Ab Oktober 2008 wurde mehr und mehr klar: Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich in der größten Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929.

Plötzlich waren aber auch Milliarden da um für die Banken und Großkonzerne einen Rettungsschirm von 500 Milliarden Euro aufzuspannen. Konjunkturprogramme von zunächst 18 Milliarden und jetzt 50 Milliarden Euro sollen Industrie und Banken helfen, die Krise zu überwinden.

Allein die Bevölkerung zahlt die Investitionen für das Großkapital, das sich in den Jahren zuvor jährlich neu „goldene Nasen“ verdiente. Sie muss bezahlen für Manager wie Josef Ackermann, der die Rendite der Deutschen Bank auf 25 Prozent treiben wollte. Dazu waren Finanzspekulationen jeder Art legitim, ... eben auch mit Spareinlagen kleinerer und mittlerer Unternehmen, von Menschen aus der Arbeiterklasse. Die Spekulationsblasen platzten zunächst in den USA. Es gab eine Kettenreaktion. Bis heute ist nicht klar, welches Ausmaß die Krise wirklich hat, geschweige denn, dass diskutiert wurde, welche Folgen die Umwälzung der Krisenlasten auf die Mehrheit der Bevölkerung haben wird.

Die Schuldigen werden unter einigen Managern ausgemacht, obwohl es doch das System des Kapitalismus selbst ist, das auf der Jagd nach dem Maximalprofit keinerlei moralischen, ethischen, politischen oder ökonomischen Grenzen im Interesse der gesamten Gesellschaft anerkennt. Es zählt allein der Profit. In Folge dieser Krise entwickelt sich selbst in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern Armut in einem seit vielen Jahrzehnten nicht mehr erlebtem Ausmaß. Jedes vierte Kind in der Bundesrepublik Deutschland muss heute unter den Bedingungen von Armut groß werden. Suppenküchen gehören längst auch zum Bild jeder Stadt. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die ohne Zukunftschance in diese Gesellschaft entlassen werden, wächst ständig. Mit gravierenden Folgen.

Aber es sind nicht nur diese Folgen der Krise, die die heutige Situation

prägen. Der bürgerliche Parlamentarismus selbst ist in einer Krise. Zunehmend mehr Menschen verlieren jeden Respekt und jede Akzeptanz vor Parteien, vor parlamentarischen Systemen und sie repräsentierenden Persönlichkeiten. Skandale häufen sich. Es gibt eine Krise der herrschenden Moral und Ethik. Einige Wenige bereichern sich auf Kosten der Mehrheit. Auch mit kriminellen Methoden.

Die bürgerliche Demokratie wird immer weiter ausgehöhlt. Entscheidungen wie jene über das 500-Milliarden-Programm werden ohne irgendeine Debatte in der Bevölkerung in einer Woche durch das Parlament gepeitscht. Mit dem geplanten Bundeswehreinsatz im Inneren wird auch regierungsoffiziell der Weg zu reaktionären Formen der Machtausübung bereitet

In einer solchen Situation wirken rechte Parolen und Populisten, weil die Gegenwehr nicht ausreicht. Die Gefahr einer zunehmend reaktionären Entwicklung wächst..

Wir haben es zudem derzeit mit einer sich entwickelnden ökologischen Krise zu tun. Klimawandel, Mangel an Wasser, Zerstörung von natürlichen Ressourcen bedrohen die Lebensgrundlagen von Mensch, Tier und Natur.

Trotz der noch mangelnden Gegenwehr besteht die Möglichkeit, die vielfältigen Krisenerscheinungen zu nutzen, um für Alternativen und Perspektiven zu kämpfen. Zunächst geht es um eine Veränderung des Kräfteverhältnisses, um progressive Politik, Frieden, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen und für gesellschaftlichen Fortschritt zu werben. Diese Entwicklung ist vor allem dann möglich, wenn linke Politik auf außerparlamentarische Bewegungen orientiert und auf Aktivitäten, die in diesem Prozess immer wieder das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellt.

Heute benötigen wir eine durchsetzungsfähige gesellschaftliche Kraft, die sich in gesellschaftlichen Allianzen formiert und auf allen Ebenen des Landes, vor Ort, in der Region, zentral und auch international für eine Veränderung des Kräfteverhältnisses und einen Politikwechsel. Für diese Politik steht die DKP seit eh und je. Auch dort, wo wir in kommunalen und in Landesparlamenten Kommunistinnen und Kommunisten als Abgeordnete haben, stehen sie vor allem für die enge Bindung an außerparlamentarische Bewegungen, Gewerkschaften und Belegschaften von Betrieben ein.

Die DKP sieht verbündet mit jenen im Land, die heute schon mit großer Mehrheit für die Ablehnung von Hartz IV, der Rente mit 67 oder der

Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen steht. Diese Mehrheit politisch wirksam werden zu lassen, muss auch das Ziel der Aktivitäten unserer Partei im Bundestagswahlkampf sein.

Widerstand allein genügt jedoch nicht. Wir treten ein für politische Alternativen, für Perspektiven. Dabei geht es zunächst auch um die Schaffung von mehr Eigentum in öffentlicher Hand, die öffentliche demokratische Kontrolle dieses gesellschaftlichen Eigentums durch Belegschaften, der Gewerkschaften, der Bevölkerung, von qualifizierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im Interesse von Mehrheiten. Dabei geht es vor allem auch um eine Umverteilung zu Lasten der Reichen. Das betrifft das gesamte Steuer- und Abgabensystem, das Kappen aller Privilegien für Wohlhabende. Das Grundgesetz muss endlich wirksam werden. Eigentum muss zu sozialem Verhalten verpflichten.

Zu dieser Politik gehört auch die feste Überzeugung, dass es ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse keine Zukunftslösungen im Sinne der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land und international geben kann.

Das bedeutet: Der Kapitalismus muss überwunden werden. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte um eine künftige Gesellschaftsordnung – aus unserer Sicht ist das der Sozialismus –, in der die wichtigsten Produktionsmittel vergesellschaftet sein müssen, in der die Interessen der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Teile der Bevölkerung die politischen Entscheidungen und Leistungen prägen, in der die Gesamtgesellschaft so planmäßig entwickelt wird, dass das, was gesellschaftlich produziert und geschaffen wird, auch zum Vorteil der Menschen und dem Erhalt der natürlichen Bedingungen unserer Existenz eingesetzt werden kann. Nur eine solche Gesellschaft ist in der Lage, in friedlichen Miteinander der Völker dieser Erde eine neue, gerechte Weltordnung zu schaffen, die frei ist von Ausbeutung, Unterdrückung, Neofaschismus und Krieg.

Die DKP fordert im Bundestagswahlkampf 2009:

I. Die kapitalistische Krise muss überwunden werden, aber nicht durch Konjunkturprogramme und „Schutzschirme“, die nur den Unternehmern und großen Finanzinstituten dienen. Deshalb fordern wir:

- Die Scheinverstaatlichung weniger Banken, die geplante Subvention einiger Konzerne muss abgelöst werden durch eine Überführung der Großbanken und Großkonzerne in öffentliches Eigentum bei

demokratischer Kontrolle der Belegschaften, Gewerkschaften, der Bevölkerung und demokratischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

- Die 800.000 Millionäre sollten entsprechend des Grundgesetzes zu einer fünfprozentigen Millionärssteuer herangezogen werden (soziale Verpflichtung des Eigentums).
- Für die öffentlichen Haushalte wird ein sofortiges Zinsmoratorium verkündet. Das würde ermöglichen, die Zinszahlungen für die Verschuldung der öffentlichen Haushalte für tatsächliche Beschäftigungsprogramme, die Arbeitsplätze sichern, und um die soziale Situation für die größten Teile der Bevölkerung zu verbessern, zu nutzen.
- Die sofortige Wiedereinführung der Vermögenssteuer als weitere Voraussetzung, um ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, vor allem für junge Menschen, zu finanzieren.
- Als Antwort auf die Gefährdung von zunehmend mehr Arbeitsplätzen muss die 35-Stunden-Woche in vollem Umfang bei vollem Lohn- und Personalausgleich durchgesetzt werden. Ziel ist es, die Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden zu kürzen.
- Ein-Euro-Jobs müssen in Normalarbeitsplätze umgewandelt werden. Und vor allem: Hartz IV muss weg!
- Das Rentenalter muss auf 60 Jahre begrenzt werden. Die Entscheidung der Bundesregierung, das Rentenalter auf 67 Jahre heraufzusetzen, ist ersatzlos zu streichen. Wir benötigen zudem mehr Kündigungsschutz, das Verbot von Massenentlassungen.
- Höhere Löhne, Renten, Ausbildungsvergütungen, mehr Kaufkraft – das schafft mehr Nachfrage, sichert und schafft Arbeitsplätze.
- Die Tatsache, dass zunehmend mehr Beschäftigte trotz Vollbeschäftigung auf Zusatzleistungen des Staates angewiesen sind, muss sofort korrigiert werden. Löhne, Gehälter, Ausbildungsvergütungen und soziale Leistungen müssen mindestens in einer solchen Höhe sein, dass eine Existenz in Würde für die Betroffenen möglich ist.
- Wir fordern in diesem Zusammenhang gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit in Ost und West, für Frauen und Männer. Die Diskriminierung der Menschen in Ostdeutschland bei Arbeitszeiten, Löhnen bzw. Gehältern, bei Renten und Anrechnung von Berechnungszeiten muss endlich beseitigt werden! Die bisherige Praxis hat in vielen Regionen Ostdeutschlands zu einer zunehmenden Verarmung vieler Menschen geführt. Wir fordern in diesem Zusammenhang auch, dass endlich Schluss sein muss mit dem anhaltenden Rentenstrafrecht in Ostdeutschland.

- Statt einer finanziellen Beteiligung der Beschäftigten an den Betrieben, die immer auch mit dem Risiko des Verlustes verbunden ist, fordern wir eine erweiterte Mitbestimmung der Belegschaften und ihrer Gewerkschaften, auch um wirkungsvoll Geschäftspolitik, Investitionspolitik mit zu bestimmen mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu sichern bzw. neue zu schaffen und der Jugend eine qualifizierte Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.
- Wir fordern, die volle „paritätische“ Finanzierung für die gesetzlichen Versicherungen sofort wieder herzustellen. Die Wirtschaft muss Zuzahlungen zur Finanzierung der Sozialleistungen erbringen.
- Für alle Sozialversicherungssysteme fordern wir die Rücknahme der Kürzungen, den Ausbau von Leistungen und erworbenen Rechten. Wir fordern umlagefinanzierte statt kapitalgedeckte Versicherungen!
- Das Gesundheitssystem ist so umzubauen, dass es eine maximale Förderung von Kranken zur Überwindung der Krankheiten ermöglicht, ein vorbeugendes Gesundheitssystem für jede und jeden garantiert, kostenlos Medikamente und alle anderen notwendigen Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Dazu ist eine Voraussetzung, die unbegrenzte Macht der Pharmaindustrie zu brechen.

II. Demokratie, Frieden, Abrüstung, internationale Solidarität:

- Schluss mit der grundgesetzwidrigen Politik des weltweiten Einsatzes der Bundeswehr zur Sicherung der ökonomischen und politischen Interessen des Großkapitals. Sofortiger Rückzug der Bundeswehr aus allen internationalen Konfliktgebieten. Gegen jeden Militäreinsatz, das heißt auch gegen einen Blauhelmeinsatz der Bundeswehr im Ausland. Raus aus der Nato!
- Die Verteidigungspolitischen Richtlinien müssen ersetzt werden durch Richtlinien, die dem Grundgesetz und der UN-Charta entsprechen. Keine neuen Produktionsprogramme für Waffensysteme, die das Ziel haben, die Interventionskraft der Bundeswehr zu erhöhen. Die Rüstungskosten müssen mindestens und sofort um zehn Prozent gekürzt werden.
- Verbot und Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel. Die US-Atomwaffen auf deutschem Boden müssen sofort abgezogen werden. In der Bundesrepublik Deutschland müssen Initiativen entwickelt werden, um im Rahmen der Vereinten Nationen Friedenspolitik wirksam durchsetzen zu können, um, das vorhandene politische Potenzial zur Lösung von Konflikten maximal zu nutzen.
- Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es sind endlich politische, ökonomische und kulturelle Voraussetzungen zu

schaffen, dass alle hier lebenden Menschen ihre Verfassungsrechte aktiv wahrnehmen können. Jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Neofaschismus muss wirkungsvoll bekämpft werden. Ein deutliches Signal hierfür wäre das sofortige Verbot und die Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen. Das entspricht Artikel 139 des Grundgesetzes. Antifaschismus darf nicht länger diskriminiert werden.

- Es müssen Förderungsprogramme entwickelt werden, die es allen Menschen ermöglichen, die Sprache zu lernen, ihre eigene Kultur und Religion zu leben, die eigene Identität zu wahren, sich zu einem solidarischen Teil der Bevölkerung zu entwickeln. Wir benötigen ein Asylrecht. Dazu muss zum Beispiel das Schengener Abkommen der EU gekündigt und durch ein Recht ersetzt werden, das das völkerrechtlich garantierte Grundrecht auf Asyl gewährleistet.
- Für alle hier lebenden Menschen ist zu garantieren, dass sie gleiche soziale, politische und kulturelle Rechte wahrnehmen können. Dazu gehört auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht.
- Alle Maßnahmen der so genannten Antiterrorgesetzgebung sind zu überprüfen und aufzuheben. Das Grundgesetz ist wieder herzustellen. Auf dieser Grundlage sind alle Vorhaben zu stoppen, die darauf abzielen, den politischen Charakter der Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland reaktionär zu verändern.
- Wir fordern zudem, alle „Schäuble“-Gesetze auszusetzen, die aus der BRD mehr und mehr einen reaktionären Überwachungsstaat machen sollen, die Bespitzelung und die Einschränkung vieler Grundrechte bedeuten.

III. Die Rechte der Frauen stärken – Chancen für die Zukunft der jungen Generation garantieren:

- Die grundgesetzlichen Festlegungen nach Gleichheit der Geschlechter muss Realität werden. Das heißt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, Aufstiegschancen für Frauen in Beruf und Gesellschaft, eine Garantie für soziale Leistungen, die es allen Frauen ermöglicht, zu arbeiten und sich gesellschaftlich zu betätigen. Frauen und auch Männer müssen freie Wahl haben, ob und wie sie als Mütter und Väter ihr Erwerbsleben ändern wollen. Kindererziehung und damit die Reproduktion der Gesellschaft sind nicht nur ein Privatvergnügen, sondern auch eine staatliche bzw. gesellschaftliche Aufgabe, dazu muss die Erziehungsgeldregelung geändert werden und vor allem Einkommensschwachen helfen.

- Um zu einer wirklichen Gleichberechtigung zu gelangen, sind spezielle Förderprogramme, Quotierungsrichtlinien, die Durchsetzung sozialer Leistungen unabdingbar. Sie müssen auf allen Ebenen – in den Kommunen, Kreisen, Ländern und im Bundesmaßstab – kontrollierbar durchgesetzt werden.
- Bildung und Ausbildung sind Menschenrechte. Das gehört derzeit noch zu den Grundwerten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. Den gesetzlichen Bestimmungen muss endlich Rechnung getragen werden durch eine Garantie kostenloser Bildung und Ausbildung für alle jungen Menschen. Dazu sind gesetzliche Maßnahmen zu schaffen, die sichern, dass alle die bestmögliche Schulform besuchen bzw. einen Ausbildungsplatz im gewünschten Beruf erhalten können. Horte und Kindergärten müssen gefördert werden und generell kostenfrei für Eltern sein.
- Gerade der jungen Generation muss ein Übergang von Schule, Studium bzw. Berufsausbildung ins Arbeitsleben ermöglicht werden. Sie müssen selbstbestimmt die eigene Zukunft planen und entwickeln können. Dazu gehört die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis nach dem erlernten Beruf oder nach Studium und Schulbesuch.
- Ein Schulsystem, das den Anforderungen von heute und der Zukunft gerecht wird, kann nur als Grundlage eine polytechnisch integrierte Gesamtschule als Regelschule haben. Die gesamte Bildung und Ausbildung muss einen anderen gesellschaftlichen Stellenwert und eine andere finanzielle Unterstützung erhalten.
- Die Lehrerausbildung ist zu qualifizieren, mehr Lehrerinnen und Lehrer für die notwendigen Aufgaben in der Bildungspolitik sind zu gewinnen.
- Im Hochschulbereich sind alle Formen von Studiengebühren und Kostenbeteiligungen sofort aufzuheben. Das ist auch eine wesentliche Voraussetzung, um Kindern aus Arbeiterfamilien ein Studium zu ermöglichen. Die Bafög-Regelungen müssen so gestaltet werden, dass Kinder aus Arbeiterfamilien gefördert werden. Alle Rückzahlungsregelungen sind aufzuheben.
- Die Hochschulen und Universitäten des Landes müssen darüber hinaus Bedingungen schaffen, die möglichst allen Studierenden einen Abschluss in der Regelstudienzeit ermöglichen. Lehrinhalte, Formen der Vermittlung von Wissen, demokratische Beteiligung der Studierenden sowie Strukturen müssen dem Bildungsauftrag und den heutigen und zukünftigen Herausforderungen, die an Forschung und Wissenschaft gestellt sind, entsprechen. Bildung und Ausbildung dürfen nicht noch mehr den Profitwünschen des Kapitals unterworfen werden. Sie müssen das Ziel haben, den jungen Menschen die Chance zu eröffnen, ein Leben in Würde, Eigenverantwortung und

gesellschaftlicher Verantwortung zu führen.

IV. Bundestagswahl 2009 – und wie weiter?

Die DKP ist nach wie vor für die Zusammenführung aller linken Kräfte, um durch außerparlamentarische Bewegungen und gesellschaftliche Allianzen die politischen Verhältnisse zu mehr Friedenspolitik, sozialer Gerechtigkeit, mehr Demokratie, gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Faschismus zu verändern.

Zu diesen Bundestagswahlen wäre eine Bündelung aller linken Kräfte unter einem gemeinsamen Programm und einer Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten aus unterschiedlichen Spektren, Bewegungen und Parteien das Sinnvollste und Richtigste gewesen.

Dies ist einerseits verhindert worden durch wahlpolitische Richtlinien der Bundesregierung, die zum Beispiel eine Kandidatur von Mitgliedern einer Partei auf den Listen einer anderen Partei verbietet. Andererseits hat die Partei Die Linke für sich beschlossen, dass auf ihren Listen zu den Europawahlen, zu Bundestags- und Landtagswahlen nur Mitglieder der PDL bzw. Kandidatinnen und Kandidaten kandidieren dürfen, die keiner anderen Partei angehören.

Diese Situation führt dazu, dass es leider nicht zu einem umfassenden Dialog in der Linken zum Herangehen an die Bundestagswahlen oder auch an die EU-Parlamentswahlen 2009 gekommen ist. Statt einer Verständigung über gemeinsam zu erkämpfende Ziele und Forderungen entwickelt sich Aus- und Abgrenzung.

Die DKP wird trotzdem weiterhin auch für die Bündelung der Kräfte im parlamentarischen Rahmen eintreten. Unsere Kandidatur zu den Bundestagswahlen bedeutet: Wir orientieren vor allem auf die Auseinandersetzung mit jenen herrschenden ökonomischen sowie politischen Kräften, die die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich bestimmt.

Das ist das Großkapital, das sind die großen Banken, Industriekonzerne, die direkt und indirekt die politische Entscheidungen der Bundesregierung und von Landesregierungen sowie auch vor Ort bestimmen. Ihre Macht gilt es zurückzudrängen und letztendlich zu überwinden. Entsprechend sind als Parteien jene, die auf ihrer Seite stehen und die neoliberale Großkoalition ausmachen, unsere Gegner. Zu ihnen zählen die CDU/CSU, die FDP, auch die bestimmenden politischen Kräfte und der bestimmende

Teil der Partei der SPD und der Grünen, die ebenfalls weitgehend eine Politik im neoliberalen Grundkonsens betreiben.

Die DKP fühlt sich nach wie vor solidarisch verbunden mit großen Teilen der Mitgliedschaft der Partei Die Linke, so weit sie antikapitalistische Politik vertreten und ohne Wenn und Aber für eine wirkungsvolle Friedenspolitik, entsprechend den Forderungen der Friedensbewegung, eintreten. Gleichzeitig setzen wir uns offensiv auseinander auch mit Formen des Antikommunismus in der Partei Die Linke, der auch von führenden Vertreterinnen und Vertretern der Partei Die Linke betrieben wird. Wir kritisieren die Politik der Partei Die Linke vor allem dort, wo sie – wie in Berlin – mit der SPD die Senatsregierung bildet, die im Wesentlichen eine gleiche oder ähnliche Politik vollzieht wie die Parteien des Kapitals in anderen Bundesländern. Wir halten die Aussagen führender Politiker der Linkspartei für falsch, die darauf orientieren, in einem überschaubaren Zeitraum eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD anzustreben.

Die DKP setzt auf Gewerkschaften, außerparlamentarische Bewegungen, vor allem auf die organisierte Arbeiterklasse, die als gesellschaftliche Kraft in der Lage sind, eine solche Gegenmacht zu entwickeln, die letztendlich auch die Voraussetzungen schafft für politische Veränderungsprozesse.

Eine Rückkehr zu mehr Sozialstaatlichkeit der 60–er und 70–er Jahre oder ein keynesianisch gezähmter Kapitalismus sind weder unser Ziel noch halten wir ihn heute für möglich. Globalisierter Kapitalismus und neoliberale Politik und Ideologie bedingen einander.

Um die aktuelle Krise zu überwinden, muss die Macht der Finanzmärkte, der Banken und der Multis eingeschränkt und gebrochen werden. Die sozialen Sicherungssysteme und Rechte sowie die demokratischen Grundrechte sind zu verteidigen, zu erneuern und aufzubauen. Das ist heute nur in Konfrontation mit dem Kapital möglich.

Denn immer offensichtlicher wird die Kluft zwischen der Antriebskraft dieses kapitalistischen Systems, der hemmungslosen Jagd nach Profit und all dem, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt, Demokratie, Solidarität, Entfaltung der Persönlichkeit. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte. Die Interessen der übergroßen Mehrheit erfordern eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse und Leistungen der Menschen politische Entscheidungen prägen.